

Politik / Kolonialpolitik / Mandate.

Herr Painlevé, ein ehemaliger französischer Kriegsminister, hat vor kurzer Zeit eine von widerlicher Heuchelei triefende Rede gehalten, in der er den Edelmut Frankreichs betont, das als Sieger in der Lage gewesen wäre, das deutsche Staatswesen von Grund aus zu zerstören, und das sich doch damit begnügt habe, nicht mehr als die notwendigsten Kriegsentschädigungen zu fordern.

Er übersieht dabei, daß die Trauben damals zu hoch hingen, und kann sich darüber durch Herrn Hearst, den großen amerikanischen Zeitungsgewaltigen, belehren lassen, den die französische Regierung die Dummheit gehabt hat, aus Frankreich auszuweisen, weil er die französischen Gaukeleien, die zu einer gegen die Ver. Staaten gerichteten Flottenabmachung mit England führen sollten, rechtzeitig aufgedeckt hatte, und der sich jetzt für die ihm zu Teil gewordene schlechte Behandlung rächt. Die Hearst-Presse, die schon einige Zeit vorher sich nicht gerade unfreundlich gegen Deutschland erwies, tritt seitdem in offener Franzosenfeindschaft auf, dabei führt sie den Franzosen ihre Unfähigkeit, den Krieg aus eigener Kraft zu gewinnen, vor Augen, und geißelt deren sadistische Rachegeier in Versailles, die noch ganz etwas anderes, als sie damals erreichte, beabsichtigt habe.

Das Versailler Schanddiktat ist unter französischem Einfluß trotzdem das furchtbarste Marterwerkzeug geworden, das je erjonnen wurde, um ein Volk, das man nicht geradezu vernichten konnte, langsam totzuquälen; durch die Abmachungen von Locarno, durch den Dawes- und Young-Plan hat Frankreich versucht, mit freiwilliger Zustimmung unserer Diplomatie, das nachzuholen, was es unter der Aufsicht seiner Bundesgenossen in Versailles noch nicht ganz hatte erreichen können.

Die finanziellen Daumenschrauben, die man der deutschen Wirtschaft aufgesetzt hat, werden bis zum Weißbluten unseres Volkes angezogen; 3 Millionen Arbeitslose liegen bereits auf der Straße; die vierte Million wird vor Schluß des Winters wohl noch voll werden. Wir sollen die Milliarden zahlen und haben keine Arbeit, mit der wir das Geld dazu erwerben könnten. Die Zollmauern der anderen werden aus Angst vor der deutschen Not, die um jeden Preis durch Warenabsatz die Tributmilliarden hereinbringen muß, maßlos erhöht, und allen voran geht auf diesem Wege Frankreich, das die trotzdem erpreßten Milliarden zu ungeheuren Rüstungen gegen England und Italien verwendet, und in dem unter diesen Umständen die Arbeitslosen noch nicht einmal nach einem Tausend zählen.

Wir vermöchten diese Abschlußmauern nicht zu überspringen, auch wenn sie nicht so hoch wären, wie sie sind, weil wir die Rohstoffe für die Veredelungsarbeit nicht selbst hervorbringen, um mit ihnen preiswürdige Fertigerzeugnisse für die Ausfuhr herstellen zu können.

Unsere Feinde wollen auch gar nicht, daß wir durch die Gewährung dieses Hilfsmittels dazu in den Stand gesetzt werden; sie haben ja ohnehin die größte Angst vor unserer Industrietätigkeit, welche die einzige Quelle darstellt, aus der wir die uns auferlegten Tribute leisten können; die Schutzzollmauern der Anderen sind geradezu eine Folge der an uns gestellten Kriegsentuschädigungsforderungen, denn sie alle wissen, daß wir nichts anderes haben für die Zahlungen als unserer Hände Arbeit.

Man denkt insolgedessen in Wirklichkeit gar nicht daran, uns Rohstoffgebiete zur selbständigen Erschließung zu überlassen, weil wir dann unter dem auf uns lastenden Druck gar zu gefährliche Wettbewerber auf den Märkten der Welt werden würden. Man wünscht auch nicht, daß der durch unsere Tribute zur höchsten Leistungsfähigkeit gebrachte industrielle Wettbewerb Frankreichs noch gefahrbringender gestaltet werden möge, was geschehen würde, wenn wir bei den dann sicher gesteigerten Ansprüchen der Franzosen an unsere erhöhte Leistungsfähigkeit in unserem unseligen Erfüllungswahn auch noch das Mehrergebnis unserer Arbeit diesen zu Füßen legen würden. Frankreich nimmt, was es kriegen kann, unterscheidet sich von den anderen Schutzzöllnern aber dadurch, daß es gar kein Bedenken dagegen hegt, Deutschland auch vollends zusammenbrechen zu lassen; denn dann gewinnt es völlig freie Bahn für die Erfüllung seines paneuropäischen Herrschaftstraumes.

Wenn also, wie es nach dem eigenartigen und unerwarteten Ausgang der Reichstagswahlen am 14. September — eine Welt-sensation nannte ihn mit Recht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ — geschah, die nordamerikanischen Hearst- oder gar auch die Rothermere Presse Englands sich dem „neuen“ Deutschland gerechter erzeigen als demjenigen vor den Wahlen und selbst von der Notwendigkeit der Rückgabe eines Teiles der Kolonien sprechen, so soll man das nicht allzu ernst nehmen.

Man darf nicht vergessen, daß eine solche Rückerstattung viel tiefer in die Politik der anderen eingreifen würde, als wir in Deutschland uns träumen lassen können, wenn wir dabei davon auszugehen geneigt sind, wie von jeher unsere Diplomatie, unser Auswärtiges Amt, sich zu den Fragen der Kolonialpolitik gestellt haben. Immer hat man in diesen Kreisen Kolonialpolitik als etwas Unangenehmes, — ja, darüber hinaus, — als etwas Minderwertiges betrachtet, gegenüber dem, was man als wirkliche auswärtige Politik glaubte ausgeben zu sollen. Das war schon vor dem Kriege so und ist nachher ganz gewiß nicht besser geworden; wurden und werden doch die in dem Kolonialen Bereich tätigen Beamten für wesentlich weniger geachtete Amtspersonen angesehen, als diejenigen, welche sich berufen fühlen, in der nach ihrer Anschauung wahren auswärtigen Diplomatie am Webstuhl der Zeit mit zu arbeiten, und sei es für den kümmerlichsten Attaché, der in seinem Examen gerade gezeigt hat, daß er

in sprachlicher Beziehung einmal einen Oberkellner eines mittleren Hotels vertreten kann.

Anderswo ist das ganz anders.

Nebenbei war es in Wirklichkeit in Deutschland bei denjenigen, welche wirkliche Diplomaten waren, auch so. Man braucht sich nur einmal zu vergegenwärtigen, daß Bismarck in dem Augenblick, als er zum Schutz Zoll überging, fast selbsttätig auch die ersten Schritte in die Kolonialpolitik tat. Für ihn war es eine, man möchte sagen: gottgegebene Tatsache, daß Schutz Zoll und Kolonialbesitz für einen großen Wirtschaftsstaat untrennbare Tatsachen sind. Wer Zollmauern, wie wir sie damals für die Landwirtschaft notwendig zu haben begannen, und wie wir sie dafür jetzt notwendiger brauchen, als je, aufrichten will, muß mit eben solchen bei den anderen rechnen, die er mit seinen Industrieerzeugnissen nur übersteigen kann, wenn er in der Lage ist, billig zu arbeiten, wenn er selbst die Rohstoffe dafür erzeugt, kurz, wenn er selbst Kolonien für diesen Zweck besitzt.

Man muß nur einmal hineinzuschauen versuchen in das politische Leben von Bismarcks größter Zeit, — als er gefürchtet zugleich und geachtet, der arbiter mundi war, das ist auch der Zeitraum, in dem er um den Erwerb deutschen Kolonialbesitzes rang. Man ist dann erstaunt zu erkennen, wie das ganze politische Gewebe, das er um das Erdenrund schlang, ob in Mittelasien, in Aegypten, in Südafrika oder sonstwo, auch wenn es fern davon zu liegen schien, sich am letzten Ende doch damit befaßte, wie er den Erwerb und die Abrundung unseres kolonialen Besitzes sicher stellte, und wie das Vordrängen oder auch wieder das jeweilige Zurückziehen seiner Ansprüche dem Gange seiner großen Außenpolitik den nötigen Rahmen gab.

Nicht alles ist ihm gelungen, aber wie weit hier wirkliche Außenpolitik mit kolonialen Gedankengängen Hand in Hand ging, das zeigt sein Werben um Südafrika am Ende der siebziger und im Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Es ist kein Zufall, daß Lüderitzbucht und damit Südwestafrika, der erste Erwerb war, zu dem er nicht nur seine Zustimmung gab, sondern den er mit dem vollen Ansehen seiner Persönlichkeit durch die Drahtung vom 24. April 1884 an den Generalkonsul in Kapstadt deckte. Um das damals völlig wertlos erscheinende Sandloch Lüderitzbucht hätte er das zeitweise bis zu offener feindlicher Betätigungsneigung sich aufbäumende Widerstreben Englands kaum in Kauf genommen.

Es ging ihm bei dieser Kolonialpolitik um ein ganz großes Ziel, das, wenn es hätte erreicht werden können, wohl geeignet gewesen wäre, der Weltgeschichte eine andere Richtung zu geben. Was er zunächst über Luciabay und Swasiland hinweg von Osten und nachher über Lüderitzbucht von Westen her hatte erreichen wollen, das war die Verbindung der eben in der Entwicklung begriffenen burischen Freistaaten über deutsches Gebiet mit dem Ozean, und das geschah schon zu einer Zeit als die wenigen, die

sich öffentlich für eine deutsche Kolonialpolitik einsetzen, als annähernd reif für das Irrenhaus, vom Philistertum verhöhnt wurden.

In dieser so gekennzeichneten Bedeutung der Kolonialpolitik im Rahmen der Außenpolitik hat man in der Zeit nach Bismarck bei uns nicht mehr ganz viel verspürt.

Davon, daß Kolonialpolitik das einzige wirklich wertvolle Ziel, der eigentliche Inhalt, einer jeden Außenpolitik sein müsse, ist bei uns seither nicht mehr die Rede gewesen. Auf der anderen Seite ist aber unsere ganze verzweifelte wirtschaftliche Lage, wie wir sie heute auf uns lasten fühlen, mehr als je geradezu zwangsläufig dahin gerichtet, die Wiederherstellung unserer Rohstoffgebiete oder die Neuerwerbung solcher als ein unabweisbar zu erstrebendes Ziel unserer gesamten Politik uns vor Augen zu stellen. Trotzdem ist jede Gelegenheit versäumt worden, dahin gehende Forderungen geltend zu machen. Wohl hat man in den maßgebenden Kreisen den Eintritt in den Völkerbund, die Locarnoverträge und manches andere auch dadurch uns schmackhaft zu machen versucht, daß man die Erlangung von kolonialen Mandaten dabei als Hauptergebnis in Aussicht stellte.

Geschehen aber ist in Wirklichkeit nichts; denn daß die Gnade der Zulassung in die Mandatskommission, nachdem man vorher deren Rechte sorgfältig verwässert hatte, nicht die geringste praktische Bedeutung für die etwaige Wiedererwerbung unserer Kolonien haben kann, darüber haben die Äußerungen des Mitgliedes dieser Kommission, des hervorragenden Schweizer Völkerrechtsgelehrten Prof. Rappard, in einer vor 2 $\frac{1}{2}$ Jahren ihm zu Ehren veranstalteten Sitzung in Berlin gar keinen Zweifel gelassen; das jetzt ausgeschiedene erste deutsche Mitglied, Dr. Kastl, hat fernerhin jede Gelegenheit wahrgenommen, seine Landsleute in dieser Richtung nachhaltig aufzuklären.

Aber nicht allein dieses Versäumnis ist festzustellen, sondern wir haben folgendes erlebt: Der Mann, welcher, obwohl von einer kolonialfeindlichen politischen Partei ausgehend, doch in tiefgefühlter Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeit deutscher Kolonialbetätigung einer dahingehenden Forderung in dem letzten vielleicht noch Erfolg verheißenden Augenblick Geltung zu verschaffen versuchte, ist durch die Reichsregierung und die ihr ergebene Presse in einer Form niedergeknebelt worden, die erkennen läßt, daß man in Wirklichkeit überhaupt nichts von Kolonialpolitik wissen will: Die Tragödie, die sich um den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht bei den Verhandlungen über den unseligen Youngplan in Paris und im Haag abgepielt hat, ist ein erschütterndes Bild von der Einsichtslosigkeit weiter Kreise unseres Volkes, dem man so die natürlichste Lebensgrundlage entzieht.

Wohin wir sonst in der Welt blicken, denkt und handelt man anders. Italien erhebt die Forderung nach weiterem Kolonialbesitz in einer Form, deren Rücksichtslosigkeit sich am besten

dadurch kennzeichnet, daß man in der amtlichen faschistischen Presse Deutschland, das sich in der gleichen Lage wie Italien befinde, ein politisches Zusammengehen vorschlägt, und sich um die dadurch bei den ehemaligen Entente-Freunden hervorgerufene Enttäuschung nicht im geringsten kümmert.

Vor allem aber läßt die englische Mandatspolitik uns tiefe Einblicke tun in den Geist des außenpolitischen Strebens dieses Volkes, das mit Jahrhunderten rechnet, und in Kontinenten zu denken versteht; Erwerb immer neuen Kolonialgebietes ist der schließliche Kern all dieses Sinnens und Denkens. England sieht die Gefahren des fernen Ostens einschließlich Indiens sicher klarer, als es die meisten anderen tun, und sucht sich daher für eine vielleicht erst in großer Ferne erscheinende Zukunft da einzudecken und zu sichern, wo auch bei weiterer Veränderung der Weltlage seine Machtmittel noch genügen können, den Besitz an unentbehrlichen Rohstoffgebieten zu gewährleisten, nämlich in der nächsten Nähe seines europäischen Machtmittelpunktes. Es läßt der Welt verkünden, daß Großbritannien, edelmütig wie immer, den Iraq-Staat aus dem Mandatsverhältnisse, weil er sich dieser Befreiung würdig gezeigt habe, entlassen wolle, und hat einen dahinzielenden Antrag an den Völkerbund gebracht. Tatsächlich aber fühlt es sich durch die Mandatsbestimmungen beengt, weil diese allen Mitgliedern des Völkerbundes in einem Mandatslande gleiche Berechtigung geben, und weil auch Franzosen und Amerikaner, und noch manche andere nach den Ölquellen des Zweistromlandes greifen. Der scheinbar freigegebene Iraq aber wird dafür durch ein Bündnis an England gebunden, das diesem alle Rechte allein zuspricht; er wird in Wirklichkeit zu einer Kolonie Englands.

Mehr als dieses müssen uns jedoch diejenigen englischen Bestrebungen berühren, welche Mandate über unsere ehemaligen Kolonien betreffen: Deutschostafrika steht, wie wir alle wissen, in Gefahr: Ueber die papierernen Proteste unserer Diplomatie wird man sich hinwegsetzen, da man, wenn nicht sonst, so doch aus dem Verhalten gegenüber Dr. Schacht, weiß, daß es damit nicht gar so ernst gemeint ist. Was für uns die Gefahr dieses endgültigen Verlustes so besonders drohend erscheinen läßt, ist der Umstand, daß England Deutschostafrika braucht, um seine Stellung im kolonialen Zukunftsland Europas, in Afrika, zu sichern. Man will das englische ostafrikanische Großreich schaffen, das für die Aufnahme der beiden Rhodesien den Rückhalt bilden soll, und das bestimmt ist, dem „größeren Südafrika“ der Buren ein Halt entgegen zu rufen.

In demselben Zusammenhang der Dinge geht es um die Mandatseigenschaft von Südwestafrika. Die Rhodesien brauchen den Weg auf den Weltmarkt, den ihnen die Verbindung mit Walfischbai bietet. Bleibt Südwestafrika als Mandat bei der Union, oder geht es gar, was diese anstrebt, in ihr auf, so werden die umkämpften Gebiete von ihr abhängig, und dem größeren Süd-

afrika steht der Weg zur Ausdehnung bis zum Sambesi und darüber hinaus frei. Das will die englische Politik verhindern, und wenn der Mandatsstand unserer Kolonie jetzt noch gesichert erscheint, so verdankt sie dies weniger der von Deutschland betriebenen Politik, als dem Kampf der feindlichen Brüder untereinander, die sich gegenseitig den Raub nicht gönnen. Wie sehr die Londoner Politik diesen Verhältnissen Rechnung trägt, kann man an den Verhandlungen der Mandatskommission erkennen: Bei der geringsten Kritik an den Maßnahmen der britischen Mandatsverwaltung in anderen Gegenden, wie etwa neulich an den Palästina-Verhältnissen, fährt die englische Regierung gleich mit grobem Geschütz dazwischen, um sich jede Einmischung zu verbitten. Wenn aber den südafrikanischen Maßnahmen in Bezug auf Südwestafrika die größten Wahrheiten nachgesagt werden, so rührt sich niemand in London, um dem von der Union bestellten Verteidiger beizuspringen.

Schon vor Jahr und Tag habe ich an anderer Stelle auf diese sich entwickelnde Kampfstellung Praetorias gegen London hingewiesen, und dabei die Hoffnung geäußert, daß, wenn nicht die deutsche Außenpolitik, so doch wenigstens unsere Landsleute in Südwest versuchen sollten, Vorteile aus dieser Lage der Dinge zu ziehen. Es würden beide Teile dazu in der Lage sein, aber nach den bisher gemachten Erfahrungen werden wir wohl nur auf unsere tapferen Südwestafrikaner rechnen können.

Erfahrungen, die eine hochstehende Persönlichkeit in den letzten Monaten bei einer mehr oder minder amtlichen Erkundungsreise in Südafrika gemacht hat, besagen, daß die maßgebenden Kreise in der Union sich völlig klar über diese Verhältnisse sind und daß sie in der steten Befürchtung leben, durch die englische Zusammenfassung von Rhodesien und Betschuanaland mit Südwestafrika vom Norden abgeriegelt zu werden.

All dieses aber ist geeignet, vor Augen zu stellen, wie eng die Kolonialpolitik mit der allgemeinen Politik verknüpft ist, und wie nun auch die Mandatspolitik sich als gegeben erweist, an großen Entscheidungen mitzuwirken, — vorausgesetzt, daß man sie dazu benutzen will.

A.

